zugestellt durch Post.at

FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Baden

Ausgabe · Juni 2026 | 560972/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

FPÖ Baden freut sich auf den Sommer

Stadtkoalition liefert viel heiße Luft



Freuen sich auf den Sommer: FPÖ-Stadtrat Mag. Gottfried Forsthuber und FPÖ-Klimasprecher GR Rafat Al Mousa.

Die ÖVP-regierte Stadtkoalition hat im Mai ihren Hitzeaktionsplan vorgelegt. Aus Sicht der Badener Freiheitlichen ist das Papier weniger ein konkreter Maßnahmenplan als ein anschauliches Beispiel dafür, wie Selbstverständlichkeiten in umfangreiche Verwaltungssprache gegossen werden.

„Der Hitzeaktionsplan liest sich wie ein Schildbürgerstreich: sechs Seiten Verwaltungssprache für die Erkenntnis, dass es im Sommer heiß werden kann, man bei Hitze trinken sollte und Sitzbänke idealerweise nicht in der prallen Sonne stehen“, so Gemeinderat und FPÖ-Klimasprecher Rafat Al Mousa.

Keine Panik vor dem Sommer

Hitzeschutz für ältere Menschen, Kinder, Kranke oder Pflegebedürftige ist den Freiheitlichen wichtig. Sinnvolle und praktische Maßnahmen müssen aber einfach, wirksam und sparsam sein. „Keine Panik vor dem Sommer. Wir freuen uns auf Sonne, Strandbad und warme Tage. Baden braucht beim Hitzeschutz Hausverstand statt Klimabürokratie. Besser in Sonnenschirme investieren als in neue Arbeitskreise“, so FPÖ-Stadtrat Mag. Gottfried Forsthuber.

Hausverstand statt Hitze-Bürokratie

Besonders kritisch sehen die Freiheitlichen den bürokratischen Aufwand. Der Bericht verweist auf Kernteam, Stakeholder, Umsetzungsphasen, interne Kommunikationsketten, Zielgruppenspezifika, Checklisten, Mustertexte, Fragebögen, Stadt-GIS sowie zahlreiche Abstimmungen mit Abteilungen, Pfarren, Kulturbetrieben, Stadtmarketing, Wirtschaftsservice, Immobilien Baden GmbH, Stadtgarten, Bauabteilung, EDV und Blaulichtorganisationen.

„Der Plan hat viele Überschriften, aber wenig Konkretes“, so Forsthuber. Vieles ist „in Umsetzung“, „in Vorbereitung“, „in Abstimmung“ oder wird geprüft.

„Übersetzt heißt das: Die schwarz geführte Stadtkoalition will etwas tun, weiß aber noch nicht genau was, wann, durch wen und zu welchem Preis“, hält Forsthuber fest. Auffallend ehrlich ist laut FPÖ, dass der Bericht selbst „unklare Zuständigkeiten und zu späte Reaktionsketten“ als Risiko nennt. Genau darin liegt der eigentliche Schwachpunkt.

„Wenn ein Hitzeaktionsplan vor allem aus Abstimmungen, Zuständigkeiten und Prüfaufträgen besteht, muss sich die Stadt fragen lassen, ob am Ende wirklich rasch geholfen wird – oder ob die Reaktionskette länger ist als die Hitzewelle“, so Forsthuber.

Aus Sicht der FPÖ Baden braucht es keinen bürokratischen Sommerfahrplan, sondern Hausverstand und konkrete Umsetzung. Alles andere ist – passend zum Thema – ziemlich viel heiße Luft.

Zivilschutz: Bürger werden im Dunkeln gelassen

Nach zwei großflächigen Stromausfällen fordert die FPÖ Baden klare Informationen, nachvollziehbare Notfallpläne und die Zertifizierung als „Krisensichere Gemeinde“.



Machen sich stark für Krisenvorsorge: FP-Zivilschutzsprecher GR DI Thomas Frühbeck und StR Mag. Gottfried Forsthuber.

Stromausfälle zeigen Handlungsbedarf

Die Krisenvorsorge der Stadt Baden bleibt für die Freiheitlichen zu wenig greifbar. Zwei längere Stromausfälle in kurzer Zeit haben gezeigt, wie rasch zentrale Abläufe beeinträchtigt werden können. Für FPÖ-Zivilschutzsprecher GR DI Thomas Frühbeck und StR Mag. Gottfried Forsthuber ist klar: Die Bevölkerung muss wissen, was im Ernstfall passiert, wo sie verlässliche Informationen erhält und welche Einrichtungen tatsächlich einsatzbereit sind. „Wenn in Baden ganze Stadtteile stundenlang im Dunkeln liegen, dann will ich wissen, was los war. Weder die Bürgermeisterin noch ihre Koalition zeigen offenbar echtes Interesse daran, die Ursachen ernsthaft aufzuklären“, kritisiert Frühbeck. Die FPÖ hat deshalb im Gemeinderat eine Anfrage zu Krisenvorsorge, Notstromversorgung und Zivilschutz eingebracht. Abgefragt wurden unter anderem Notstromaggregate, Einsatzorte, kritische Infrastruktur, Blackout- und Hochwasserpläne sowie die Nachforschungen der Stadt zu den Stromausfällen.

Verantwortung nicht weiterschieben

Die Antwort der Stadt zeigt aus freiheitlicher Sicht vor allem eines: Es gibt zwar Geräte, Pläne und Bezeichnungen wie „Informationsinseln“. Für viele Bürger bleibt aber unklar, wo diese Stellen sind, wie sie im Ernstfall funktionieren und wer wann informiert. Bei den Ursachen der Stromausfälle verweist die Stadt im Ergebnis auf die Wiener Netze als Netzbetreiber. Für die FPÖ ist das zu wenig. „Es reicht nicht, Verantwortung weiterzuschieben. Die Stadt muss erklären, was sie weiß, was sie nicht weiß und welche Konsequenzen sie daraus zieht“, so Forsthuber. Auch die angeschafften Notstromaggregate werfen Fragen auf. Entscheidend ist nicht, ob Geräte irgendwo vorhanden sind, sondern ob Treibstoffversorgung, Wartung, Testläufe, Zuständigkeiten, Anschlusspunkte und der tatsächliche Einsatz geregelt sind.

Krisensichere Gemeinde beantragt

Die Freiheitlichen beantragten daher die Zertifizierung Badens als „Krisensichere Gemeinde“ durch den NÖ Zivilschutzverband. Damit sollen Pläne überprüft, Maßnahmen strukturiert erfasst und die Bevölkerung gezielt informiert werden. Die Dringlichkeit wurde jedoch von der Mehrheit abgelehnt. Gleichzeitig wollen die Freiheitlichen die Bürger auch selbst zur Eigenvorsorge ermutigen. Auf ihrer Homepage stellen die Freiheitlichen Baden praktische Tipps, Informationsmaterial und einfache Handlungsempfehlungen für den Ernstfall zur Verfügung. Denn für die FPÖ ist klar: Krisenvorsorge darf nicht bei allgemeinen Beruhigungen stehenbleiben. Entscheidend ist, dass jeder weiß, was im Ernstfall zu tun ist.

Rückblick: Großes Interesse an Blackout-Infoabend



Die freiheitlichen Gemeinderäte mit Blackout-Experte Dietmar Heuritsch beim Infoabend zur Krisenvorsorge im Kolpinghaus Baden

Blackout-Experte Dietmar Heuritsch sprach im Kolpinghaus Baden über Vorsorge bei längeren Stromausfällen.

Der Infoabend der Freiheitlichen Baden zur Blackout-Vorsorge am 25. März 2026 im Kolpinghaus war sehr gut besucht. Viele Badener nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand darüber zu informieren, wie man sich auf einen längeren Stromausfall vorbereitet und welche einfachen Maßnahmen im eigenen Haushalt sinnvoll sind.

Blackout- und Zivilschutzexperte Dietmar Heuritsch erklärte anschaulich, was im Ernstfall wichtig ist: ausreichende Vorräte, Wasser, Lichtquellen, Batterien, Radio, Medikamente, Bargeld und eine gute Absprache innerhalb der Familie.

Auch die Bedeutung von Nachbarschaftshilfe wurde angesprochen, besonders für ältere oder alleinstehende Menschen.

Der Abend zeigte, dass Blackout-Vorsorge viele Bürger beschäftigt.

Die Freiheitlichen Baden bedanken sich bei allen Besuchern für das große Interesse und werden auch künftig Informationsangebote zu wichtigen Sicherheitsthemen unterstützen.

Bürgerchor zu Besuch

Der Bürgerchor von Bad Ems war zu Besuch in Baden.

Er erhielt dabei gesangskräftige Unterstützung von den freiheitlichen Gemeinderäten Thomas Frühbeck und Rafat Al Mousa.



Murks rund um Hundeverordnung in letzter Minute verhindert:

Freiheitliche gegen Regelungswut



Setzen sich ein für klare Regeln: Die freiheitlichen Gemeinderäte Astrid Sinkovits und René Hansy

Die Stadtkoalition wollte die Hunderegeln in Baden neuerlich verschärfen.

Aus Sicht der Freiheitlichen war der Entwurf jedoch unausgereift, überschießend und in der Praxis schwer vollziehbar. Bestehende Landesgesetze sowie das Forstgesetz sind einzuhalten; zusätzliche Verschärfungen ohne klare Notwendigkeit bringen aber keine Lösung. FP-Gemeinderat René Hansy kritisiert: „Die Stadtkoalition wollte das Hundehaltegesetz in Baden verschärfen – völlig undurchdacht. Der Entwurf sah riesige neue Hundesicherungszonen, unklare Gebietsabgrenzungen und eine Regelung vor, bei der ein Hund mit Maulkorb weiterhin frei laufen hätte können. Gerade auf Radwegen kann das auch Radfahrer beeinträchtigen. Das löst das Problem freilaufender Hunde nicht."

Positiv ist, dass die freiheitlichen Argumente im zuständigen Ausschuss gehört wurden. Der Entwurf wird nun nicht unverändert beschlossen, sondern überarbeitet. Für die FPÖ ist klar: Regeln müssen verständlich, verhältnismäßig und vollziehbar sein – nicht bloße Regelungswut.

„Wir sind nicht gegen klare Regeln. Aber sie müssen verständlich, verhältnismäßig und vollziehbar sein", so Hansy.

Astrid Sinkovits im Gemeinderat angelobt

Nach dem Mandatsverzicht von Carmen Schnedl aus beruflichen Gründen wurde Astrid Sinkovits in der letzten Gemeinderatssitzung als neue freiheitliche Gemeinderätin angelobt. Sinkovits lebt und arbeitet in Baden und erzielte bereits bei der Gemeinderatswahl 2025 ein starkes Vorzugsstimmenergebnis.

Beruflich ist sie im Bereich Buchhaltung sowie in der Tier- und Humanenergetik tätig. Politisch setzt sie sich besonders für Zivilschutz und Gesundheit ein. Die Freiheitlichen danken Carmen Schnedl für ihren Einsatz und wünschen Astrid Sinkovits viel Erfolg für ihre Arbeit im Gemeinderat.

Eingebracht. Nachgefragt. Kontrolliert.

- **Citybus / E-Citybus:** FPÖ fragt nach Verträgen, Kosten, Laufzeiten, Förderungen, VOR, NÖVOG, Blaguss, EVN und Abrechnungen. Die Antwort war ausweichend und einsilbig.
- **Krisensichere Gemeinde:** FPÖ-Dringlichkeitsantrag – abgelehnt mit **15:23**
- **Nachnutzung Feuerwehrhaus:** FPÖ-Dringlichkeitsantrag – abgelehnt mit **15:23**
- **Arbeitsgruppe Feuerwehrhaus/Nutzungskonzepte**: Zusatzantrag Forsthuber – abgelehnt mit **5:34**

Unser Grundsatz: Fragen stellen, Unterlagen verlangen, Risiken offenlegen.